



Die unterzeichneten Bezirksrät:innen des Klubs der Grünen Leopoldstadt stellen gemäß § 24 GO-BV zur Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt am 15. November 2022 folgenden

### **ANTRAG**

**Betrifft: Einführung StoP Leopoldstadt nach Evaluierung**

**Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht, nach positiver Evaluierung des Projekts „Stadtteil ohne Partnergewalt“ zur Prävention von Gewalt gegen Frauen dieses auch in der Leopoldstadt gemeinsam mit dem Bezirk umzusetzen.**

### **BEGRÜNDUNG:**

Von 25.11. bis 10.12. finden die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen statt. Seit Beginn des Jahres wurden in Österreich 28 Frauen von ihren (Ex-)Partnern, (Ex-)Ehemännern oder ihnen nahestehenden Männern ermordet, 10 davon in Wien<sup>1</sup>. 25 Frauen haben einen Mordversuch oder schwere Gewalt überlebt, davon 8 in Wien. (Stand Oktober 2022). Das sind erschreckend hohe Zahlen. Die multiplen Krisen aufgrund der Covid-19 Pandemie, Teuerung und Energiekrise haben die gegen Frauen gerichtete Gewalt über die letzten Jahre massiv steigen lassen. Gewaltprävention ist ein wesentlicher Bestandteil von Opferschutz. Gewaltprävention muss im sozial-räumlichen Umfeld der Gewaltbetroffenen und der Täter ansetzen.

Das gemeinwesenorientierte Projekt „Stadtteil ohne Partnergewalt – StoP“ verfolgt das Ziel, zur Enttabuisierung von Partnergewalt beizutragen und Gewaltbetroffene und soziale Netzwerke in Stadtteilen so zu stärken, dass Partnergewalt nicht mehr erduldet, verschwiegen, ignoriert oder toleriert wird. Zudem hat das Projekt das Ziel, Männer als wesentlichen Teil der Zielgruppe für Präventionsarbeit anzusprechen. Das Thema "Partnergewalt" wird durch das niederschwellige Projekt aus der Privatsphäre in den öffentlichen Raum geholt. Nachbar:innen wollen sich gegen Gewalt engagieren und anderen Menschen helfen - viele wissen

---

<sup>1</sup> Entnommen aus der Statistik der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser

aber nicht genau, wie. Das Projekt StoP organisiert für Nachbar:innen Informations- und Aufklärungsarbeit, Veranstaltungen und sensibilisiert für Anzeichen von Partnergewalt, um so die Isolation und das Schweigen zu brechen und die Interventionsbereitschaft und die Zivilcourage zu fördern. Langfristig ist das Ziel, die Entstehung von Täterschaft und Gewalt zu verhindern, einen Norm- und Wertewandel in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewaltverhältnisse in Gang zu setzen und Gewalt zu enttabuisieren und sichtbar zu machen. Die Stadt Wien sollte in jedem einzelnen Bezirk das Interesse verfolgen, eine Nachbarschaft zu schaffen, in der Gewalt weder geduldet noch verschwiegen wird. StoP ergänzt die bestehenden Strukturen des Gewaltschutzes durch nachbarschaftsorientierte Präventionsarbeit. Christopher Browning zeigt in seiner Studie, dass die Partnergewalt im Stadtteil sinkt, je höher die nachbarschaftliche Involvierung ist. „Je höher die Sensibilität in der Nachbarschaft, desto eher sind Gewaltbetroffene bereit, sich Hilfe zu suchen und Schritte gegen die Gewalt zu setzen.“

#### Zentrale Ergebnisse der Evaluierung von StoP in Margareten (Zeitraum: 2019 bis September 2021)

- Insgesamt fanden 61 Frauentische statt und es konnten insgesamt 428 Nachbarinnen und 356 Teilnehmerinnen von Projektpartnern erreicht werden.
- Insgesamt wurden im Evaluationszeitraum 59 Männertische veranstaltet.
- Hauptfokus der Treffen: Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit und Empowerment und Ausprobieren und Üben von praxisbezogenen Reaktionen
- Aktivierende Befragungen im Grätzl: Bis Ende 2019 wurden 36 Besuche absolviert und es konnten mehrere neue Teilnehmerinnen gewonnen werden. 2020 wurde an 2791 Türen geklopft und in der Folge 197 Interviews geführt, 2021 erfolgten 55 Interviews anlässlich von 334 Kontaktaufnahmen.
- Zahlreiche Veranstaltungen und einige Bewusstseinskampagnen

Das Sozialministerium hat für die Pilotphasen des Projekts in sieben Wiener Bezirken Geldmittel zur Verfügung gestellt (in Margareten wird das Projekt bereits seit Jahren erfolgreich umgesetzt). Die zuständige Stadträtin ist gefordert, das notwendige Budget für die Einsetzung des Projekts in der Leopoldstadt zu ermöglichen.